

über die 11. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Monheim am Rhein vom 04.05.2016

Sitzungsraum: Ratssaal, Rathaus, Rathausplatz 2, 40789 Monheim am Rhein
Beginn: 18:06 Uhr
Ende: 20:52 Uhr

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Daniel Zimmermann

Mitglieder der PETO-Fraktion

Herr Andy Eggert

bis 20:04 Uhr

Herr Ingo Elsner

Vertretung für Herrn Tim Kögler

Frau Carina Häusler

Vertretung für Herrn Andy Eggert

ab 20:04 Uhr

Frau Julia Häusler

Herr Torsten Kinzel

Frau Vanessa Klein

Vertretung für Herrn Holger Radenbach

Frau Janne Koch

Herr Michael Lück

Frau Lisa Pientak

Herr Benedikt Reich

Herr Lucas Risse

bis 20:45 Uhr

Frau Laura Töpfer

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Tim Brühland

Herr Markus Gronauer

Frau Gabriele Hackel

Vertretung für Herrn Michael Nagy

Mitglieder der SPD-Fraktion

Herr Werner Goller

Mitglieder der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Herr Manfred Poell

FDP

Herr Andreas Wölk

DIE LINKE

Frau Badi Özgültekin

von der Verwaltung

Herr Andreas Apsel
Frau Sonja Baumhauer
Frau Estelle Dageroth
Herr Martin Frömmer
Herr Friedhelm Haussels
Herr Peter Heimann
Herr Guido Krämer
Herr Edgar Lenz
Herr Roland Liebermann
Herr Michael Lobe
Herr Georg Mittmann
Frau Sabine Noll
Frau Christiane Schärfke
Herr Robert Ullrich

Schriftführerin

Frau Anke Bitsch

Entschuldigt fehlten:**Mitglieder der PETO-Fraktion**

Herr Tim Kögler
Herr Holger Radenbach

Mitglieder der CDU-Fraktion

Herr Michael Nagy

Tagesordnung:

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlage Nr.
1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	
2	Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -	
3	Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner	
4	Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung - Fütterungsverbot für Graugänse	IX/0735
5	Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW - Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen	IX/0736
6	Auslaufen der Lise-Meitner-Realschule	IX/0731/1
7	Fortschreibung Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule	IX/0717
8	Kunstprojekt Migrations-Mikado auf dem Heinrich-Zille-Platz	IX/0702

9	Aufbau eines ZWAR-Netzwerkes in Monheim am Rhein	IX/0711
10	1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Feuerwehr der Stadt Monheim am Rhein (Feuerwehrsatzung) und Einführung einer Rente für ehrenamtliche Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Monheim am Rhein	IX/0612
11	Vorhaltung des zweiten Rettungstransportwagens im 24-Stundendienst	IX/0712
12	Weiterentwicklung des Liniennetzes im Monheimer Stadtgebiet	IX/0727/2
13	Bauunterhaltung von Kindertagesstätten im städtischen Eigentum	IX/0695
14	Planungen zum Bau und Betrieb einer Veranstaltungshalle	IX/0693
15	Neubau von 4 Kindertagesstätten -Standortentscheidung und Planungsauftrag-	IX/0705
16	Sanierung Bolzplatzanlage Heinrich-Zille-Platz – Baubeschluss	IX/0703
17	Kinderspielplatzbereich in der Kleingartenanlage "Auf der Heide"; - Baubeschluss -	IX/0710
18	Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule; Baubeschluss	IX/0691
19	Bezirkssportanlage Waldbeerenberg mit Sporthalle; Baubeschluss	IX/0692
20	1. Nachtragshaushaltssatzung 2016	IX/0708
21	Antrag der SPD-Fraktion - Errichtung einer Bedarfsampel	IX/0741
22	Mündliche Mitteilungen	
23	Mündliche Anfragen	
23.1	Denkmal an der Freilichtbühne	

Sitzungsergebnis:

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Er weist darauf hin, dass der Punkt 10 des öffentlichen Teils von der Tagesordnung abgesetzt werden solle, da diese Angelegenheit bereits in der vorhergehenden Sitzung beraten worden sei. Weiterhin schlägt er vor, die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte beizubehalten.

Es erfolgt keine Gegenrede.

2 Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

3 Fragezeit für Einwohnerinnen und Einwohner

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

4 Anregung gem. § 24 der Gemeindeordnung - Fütterungsverbot für Graugänse Vorlage: IX/0735

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert, dass eine Kontaktaufnahme zur Kreisjägerschaft erfolgt sei. Es sei ohnehin verboten, Wildtiere, zu denen die Graugänse zählen würden, zu füttern. Er halte hier die Information und Aufklärung der Bürgerschaft für das geeignetere Mittel, als die Aufnahme des Fütterungsverbots in die ordnungsbehördliche Verordnung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion begrüßt den Vorschlag der Verwaltung, stellt sich jedoch die Frage, ob und wie eingeschritten werden solle, sofern die Hinweisschilder missachtet würden.

Eine Ahndung von Verstößen sei nicht möglich und nicht empfehlenswert, so die Verwaltung. Das Füttern erfolge aus guter Absicht und mangelnder Aufklärung, so dass davon auszugehen sei, dass die vorgesehene Beschilderung und Information zum gewünschten Erfolg führen werde.

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der Kreisjägerschaft Hinweisschilder zu entwerfen, mit denen an geeigneten Orten auf die Gefahren des Fütterns von Wildgänsen aufmerksam gemacht werden kann.

einstimmig zugestimmt

5 Anregung gem. § 24 Gemeindeordnung NRW - Kastrations- und Kennzeichnungspflicht für Katzen Vorlage: IX/0736

Protokoll:

Seine persönliche Beobachtung decke sich mit den in der Vorlage gemachten Aussagen der Verwaltung, dass keine größeren Probleme und kein größeres Aufkommen von streunenden Katzen zu verzeichnen sei, erläutert der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Ländlichere Gebiete seien hier eher betroffen. Fraglich sei auch, ob diese Angelegenheit nicht in die Zuständigkeit des Kreisveterinärs falle. Daher sei zu empfehlen, diesen Hinweis an das

Kreisveterinäramt weiterzuleiten.

Da in Monheim am Rhein kein Handlungsbedarf gesehen werde, sollte es dem Kreisveterinär überlassen bleiben, zu beurteilen, ob in anderen Gebieten Handlungsbedarf gesehen werde, erwidert der Bürgermeister. Im Übrigen habe der Städte- und Gemeindebund den Erlass einer Kastrationspflicht in die Zuständigkeit der Kommunen verwiesen, so dass die Kreisverwaltung hier nicht tätig werden würde.

Die Bewertung, ob eine Gefahr von streunenden Katzen ausgehe, könne auch gegenteilig erfolgen, so der Sprecher der SPD-Fraktion. Die seitens des Tierschutzvereins zur Verfügung gestellte Liste der Städte, die eine Aufnahme in deren ordnungsbehördliche Verordnung vorgenommen haben, ließe den Schluss zu, dass derartige Probleme auch in Monheim am Rhein bestünden. Hier seien nicht nur ländliche Gemeinde, sondern auch größere Städte aufgeführt. Abgesehen davon, habe der Tierschutzverein Hilden dargestellt, dass der Großteil der Aufwendungen für die Kastration von aufgenommenen Katzen entstehe. Daher sei anzunehmen, dass dieses Problem in Monheim am Rhein auch vorhanden sei. Daher werde die SPD-Fraktion der Anregung entsprechen.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion schließt sich den Ausführungen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an. Eine solche Regelung, die in die Entscheidungsfreiheit der Katzeigentümer eingreife, bedürfe einer abgesicherten Grundlage. Diese werde hier nicht erkannt, da keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorliege.

Beschlussempfehlung

Der Anregung wird nicht entsprochen.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 SPD)

6 Auslaufen der Lise-Meitner-Realschule Vorlage: IX/0731/1

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert, dass zu diesem Tagesordnungspunkt in den Vorberatungen in den Fachausschüssen das Votum der Schulkonferenz noch nicht vorgelegen habe. Daher sei dort lediglich mündlich darüber berichtet worden. Dieses Votum liege nun vor und sei daher in Form der aktualisierten Vorlage zur Verfügung gestellt worden. Es werde seitens der Elternschaft; der Schülerinnen und Schüler und der Schulkonferenz der Schulbetrieb in Düsseldorf bevorzugt. Die Verwaltung werde daher mit der Stadt Düsseldorf eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung abstimmen, die den Schulbetrieb für das noch verbleibende Schuljahr in Düsseldorf sicherstelle.

Eine Abstimmung über den Beschlussvorschlag erfolgt nicht und wird in die Sitzung des Rates vertagt. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

7 Fortschreibung Entwicklungsplanung für die Offene Ganztagschule Vorlage: IX/0717

Beschlussempfehlung

1. Die Entwicklungsplanung für die Schuljahre 2016/2017 bis 2017/2018 wird in der vorliegenden Form verabschiedet.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gruppen in der Offenen Ganztagschule (OGS) analog der vorliegenden Planung in folgenden Schritten auszubauen:
 - Schuljahr 2016/2017: Bis zu 1.100 Plätze
 - Schuljahr 2017/2018: Bis zu 1.150 Plätze
3. Die Verwaltung wird beauftragt, nach dem Abschluss der jährlichen Anmeldeverfahren über die Entwicklungen im Ausschuss für Schule und Sport sowie im Jugendhilfeausschuss zu berichten.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU)

**8 Kunstprojekt Migrations-Mikado auf dem Heinrich-Zille-Platz
Vorlage: IX/0702**

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen auf Basis des vorgelegten Konzept- und Gestaltungsentwurfs zur Umsetzung des Kunstprojektes „Migrations-Mikado“ auf dem Heinrich-Zille-Platz zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

**9 Aufbau eines ZWAR-Netzwerkes in Monheim am Rhein
Vorlage: IX/0711**

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Initiierung und Verstetigung des angestrebten ZWAR-Netzwerkes mit der ZWAR Zentralstelle NRW, Dortmund, die in der Anlage 1 beigefügte Kooperationsvereinbarung abzuschließen und darauf aufbauend neue, selbstorganisierte Unterstützungsformen in der Stadt zu schaffen, in denen sich Menschen ab dem 55. Lebensjahr vernetzen und umeinander kümmern

einstimmig zugestimmt

10 abgesetzt

**11 Vorhaltung des zweiten Rettungstransportwagens im 24-Stundendienst
Vorlage: IX/0712**

Beschlussempfehlung

Der Rat beschließt die Vorhaltung des zweiten Rettungstransportwagens (RTW) im 24-Stundendienst.

Hierfür werden im Stellenplan 2016 fünf Vollzeitstellen für Rettungsassistenten/-innen bzw. Notfallsanitäter/-innen neu eingerichtet. Die Stellen sind nach Entgeltgruppe 5 TVöD auszuweisen und zunächst befristet bis zum 31.12.2016 zu besetzen. Die hierfür benötigten Finanzmittel in Höhe von rd. 138.000 EUR sind im 1. Nachtragshaushaltsplan 2016 bei Produkt 02.17.00 (Rettungsdienst und Krankentransport) zu veranschlagen.

einstimmig zugestimmt**12 Weiterentwicklung des Liniennetzes im Monheimer Stadtgebiet
Vorlage: IX/0727/2****Protokoll:**

Der Sprecher der SPD-Fraktion betont, dass seine Fraktion eine Bürgerbeteiligung in dieser Angelegenheit für angeraten hält.

Inhaltlich gebe es durchaus auch deutliche Verbesserungen, so z. B. der Anschluss des Sandbergs an die Linie 788, die Verbesserung der Taktfrequenzen und die Einführung des Altstadtbusses.

Negative Elemente seien jedoch ebenfalls vorhanden. So der Verlust der Direktanbindung aus dem Düsseldorfer Süden und dem Stadtteil Baumberg zum Mona Mare. Hierfür sei kein wichtiger Grund zu erkennen.

Auch das Entfallen der Haltestelle Friedenauer Straße sei ein gravierender Nachteil. Dies sei beachtlich, da dort das Haus der Chancen, sowie zwei Kindertagesstätten angesiedelt seien.

Auch die weitere Beibehaltung der Schnellbuslinie 79 könne nicht nachvollzogen werden, da diese nicht frequentiert werde.

Aus den angeführten Gründen stelle er im Namen seiner Fraktion folgende Anträge:

1. Die Linie 788 wird weiterhin zum Mona Mare geführt und findet die Rückführung über die Oranienburger Straße zum Busbahnhof unter Einbeziehung der Haltestelle Friedenauer Straße (Linienführung wie vor dem Jahr 2010)
2. Die Schnellbuslinie SB 79 wird eingestellt. Stattdessen wird die Linie 790 bis CropScience auf der Alfred-Nobel-Straße weitergeführt und findet dann den 10-Minuten-Takt zur Linie 789 vom Busbahnhof an.

Durch die geplanten Maßnahmen werde der ÖPNV in Monheim erheblich leistungsfähiger und attraktiver, so der Sprecher der PETO-Fraktion. Die prognostizierte Fahrgaststeigerung werde sicherlich eintreten. Auch gebe es dann ein einheitliches und verständliches Liniensystem. Den Anträgen der SPD-Fraktion könne daher nicht gefolgt werden. Stadtweit und damit auch im Berliner Viertel seien Fahrgastbefragungen durchgeführt worden, so dass daher eine erneute Bürgerbeteiligung entbehrlich sei. Im Übrigen verweise er auf die ausführliche Diskussion in der Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung, Umwelt, Bauen und Verkehr.

Die vorgeschlagene Variante sei die Maximallösung, die seitens seiner Fraktion unterstützt werde, erklärt der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Insbesondere die Anbindung an die S-Bahn sei sehr zu begrüßen. Der Bürgermeister betont, dass die geplanten Änderungen nicht, wie von der SPD-Fraktion behauptet, dazu dienen würden, etwaige Fehler des Systems aus dem Jahr 2010 zu beheben. Zum damaligen Zeitpunkt hätten andere Voraussetzungen vorgelegen. Es habe ein Haushaltsdefizit gegeben, das zu einem Sparkurs verpflichtet habe von dem auch die städtischen Töchter betroffen gewesen seien. Zur Führung der Linie 788 sei anzumerken, dass das ringförmige Umfahren des Berliner Viertels nicht mehr sinnvoll sei. Aus fahrplantechnischen Gründen und aus Gründen des Betriebsablaufs sollen die Linien 788 und 789 jeweils an der

Endhaltestelle am Kulturzentrum in die jeweils andere Linie wechseln. Die Busse, die als Linie 788 ankommen werden als Bus der Linie 789 weiter fahren und umgekehrt. Dadurch werde der Betriebsablauf dahingehend optimiert, dass die Linien mit weniger Fahrzeugen bedient werden könnten. Die restliche Fahrtstrecke bis zum Mona Mare sei verzichtbar, da diese Teilstrecke sehr gering frequentiert werde. Würde die Linie 788 um das Berliner Viertel herumgeführt, könne dieser vorgesehene Wechsel nicht stattfinden und der Betriebsablauf würde erheblich erschwert. Im Übrigen würden die Busse in erster Linie von Pendlern und Schülerinnen und Schülern benutzt. Eine Weiterführung bis zum Mona Mare sei für diese Personen nicht erforderlich. Für diese Personenkreise, die in der Regel von und zu den S-Bahnhöfen gelangen müssten, seien auch die Linien 790 und 791 von großer Bedeutung. Um hier die Erreichbarkeit aller neun in der Stunde abfahrenden S-Bahnen zu gewährleisten, sei die vorgeschlagene Lösung erforderlich und die beantragte Änderung der Linienführung 790 nicht möglich.

Die wenigen Nutzer des Mona Mare aus dem Düsseldorfer Süden oder aus Baumberg könnten das Schwimmbad auch mit dem ÖPNV erreichen, müssten dann aber ein Umsteigen in Kauf nehmen.

In Bezug auf die Bürgerbeteiligung sei anzumerken, dass der Wunsch der Bürgerschaft Berücksichtigung gefunden habe. Dafür habe die Technische Universität Dresden eine umfangreiche Fahrgastbefragung durchgeführt. Hierbei wurden auch Personen einbezogen, die derzeit den ÖPNV nicht nutzen, um Hinderungsgründe zu erkennen und zu beseitigen.

Der Bürgermeister stellt die Anträge der SPD-Fraktion zur Abstimmung:

Die Linie 788 wird weiterhin zum Mona Mare geführt und findet die Rückführung über die Oranienburger Straße zum Busbahnhof unter Einbeziehung der Haltestelle Friedenauer Straße (Linienführung wie vor dem Jahr 2010)

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 SPD, 1 Die Linke)

Die Schnellbuslinie SB 79 wird eingestellt. Stattdessen wird die Linie 790 bis CropScience auf der Alfred-Nobel-Straße weitergeführt und findet dann den 10-Minuten-Takt zur Linie 789 vom Busbahnhof an.

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 SPD, 1 Die Linke)

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

Die Variante 3b dient als Grundlage für die Weiterentwicklung des Liniennetzes im Monheimer Stadtgebiet.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 1 SPD, enthalten: 1 Die Linke)

13 Bauunterhaltung von Kindertagesstätten im städtischen Eigentum Vorlage: IX/0695

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den Trägern der Kindertagesstätten, die städtische Gebäude nutzen, Verhandlungen zur Übernahme der Bauunterhaltung aufzunehmen.

2. Das Verhandlungsergebnis ist den Ratsgremien zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.

einstimmig zugestimmt

**14 Planungen zum Bau und Betrieb einer Veranstaltungshalle
Vorlage: IX/0693**

Protokoll:

Der Bürgermeister führt zu der Vorlage aus.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen äußert Zweifel am Bedarf und der Wirtschaftlichkeit einer Veranstaltungshalle. Zu diesen Punkten sei die Machbarkeitsstudie nicht aussagekräftig. So würden z. B. unterschiedliche Flächenangaben gemacht. Bei der Ausnutzung der Halle sei von 2.000 qm die Rede, auf der nächsten Seite in Zusammenhang mit dem Nachweis der Stellplätze seien 1.425 qm angegeben. Irritierend sei ebenfalls, dass vergleichbare Hallen in anderen Städten aufgeführt seien, jedoch gerade die Stadthalle Langenfeld und das Forum in Leverkusen fehlen würden, obwohl diese in Bezug auf Zielgruppe und Größe vergleichbar wären. Auch würden weitere wichtige Angaben fehlen. So sei erwähnt, dass für die ggfs. notwendige Entsorgung von Altlasten oder Schadstoffen keine Kosten berücksichtigt worden seien. Auch die Aussage in der Stellungnahme des Steuerberaters sei bedenklich, wonach die entstehenden Aufwendungen im besten Fall teilweise ausgeglichen werden könnten, das Defizit sich im schlechtesten Fall auch erhöhen könnte. Daher bestehe die Befürchtung, dass sich die Stadt Monheim am Rhein in erhebliche wirtschaftliche Probleme begeben könne.

Weiterhin sei auch eine Erbpachtdauer von 40 Jahren vereinbart, obwohl das Gebäude 80 Jahre abgeschrieben werde. Verlange der Grundstückseigentümer nach 40 Jahren sein Grundstück zurück, wäre die Veranstaltungshalle erst zur Hälfte abgeschrieben.

Zu denken gebe weiterhin, dass die liquiden Mittel deutlich reduziert würden.

Ferner entstehe eine erhebliche Verkehrsbelastung durch Besucherinnen und Besucher der Veranstaltungen. Auch zu den Parkplätzen sei keine Aussage in der Studie enthalten.

Aus den genannten Gründen seien zunächst detaillierte Angaben notwendig und eine Zustimmung zu der Beschlussempfehlung nicht möglich. Die Beauftragung von Architekten sei erst anschließend vorzunehmen.

Daher beantrage seine Fraktion die Einstellung von 25.000 bis höchstens 50.000 € für die Anfertigung einer Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsstudie, um dann eine weitere Planung vorzunehmen.

Um die aufgeführten Fragen beantworten zu können, seien die seitens der Verwaltung beantragten 250.000 € zwingend erforderlich, führt der Bürgermeister aus. Um die Wirtschaftlichkeit beurteilen zu können, müssten die Kosten feststehen. Daher fänden im Jahr 2016 zunächst eine Architektenauswahl und die Erstellung eines Nutzungskonzepts statt. Auf dieser Basis solle sich dann im Jahr 2017 die Planungsphase anschließen, in der das Nutzungskonzept Berücksichtigung fände. Der Baubeschluss mit valider Kostenschätzung solle Anfang des Jahres 2018 gefasst werden.

Die seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragten 50.000 € seien für ein fundiertes Wirtschaftlichkeits- und Nutzungskonzept nicht ausreichend.

Die Erbbaupacht werde auf 40 Jahre festgelegt. Jedoch habe die Stadt Monheim am Rhein nach Ablauf der 40 Jahre die Möglichkeit, das Grundstück zu kaufen. Es sei auch nicht vorstellbar, dass der Grundstückseigentümer Interesse an dem Erwerb einer Veranstaltungshalle habe.

Die Veranstaltungshalle solle ca. 4.000 Besuchern Platz bieten. So könnten Veranstaltungen angeboten werden, für die Hallen mit ca. 1.000 Plätzen nicht geeignet wären, da diese in den Nachbarstädten ausreichend vorhanden seien.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hält es zum jetzigen Zeitpunkt trotzdem nicht für erforderlich, Architekten einzuschalten. Diese Kosten könnten und sollten vermieden werden.

Die Kosten für Architekten seien nicht der Hauptbestandteil der beantragten 250.000 €, erklärt die Verwaltung. Es sei ein Architektenwettbewerb vorgesehen. Hierfür würden geringe Verfahrenskosten und Kosten für Aufwandsentschädigungen entstehen. Eine Auswahl und Beauftragung eines Architekten zur tatsächlichen Planung erfolge erst anschließend und nach entsprechendem Beschluss der politischen Gremien.

Das Vorhaben werde seitens der SPD-Fraktion begrüßt, merkt deren Sprecher an. Allerdings handele es sich um eine erhebliche Aufgabenstellung, da die seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen aufgeworfenen Fragen beantwortet sein müssten, um einen Baubeschluss fassen zu können.

Auch der Sprecher der CDU-Fraktion hält es für erforderlich die seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erwähnten Fragestellungen zu klären. Er regt an, dass die Fachausschüsse und der Rat über den Ablauf der Planung und entsprechende Zwischenergebnisse unterrichtet werden. Es dürften, aufgrund der hohen Abschreibungs- und Erbpachtbeträge, keine weiteren Kosten durch Defizite beim Betrieb der Halle entstehen.

Das Ergebnis, auch hinsichtlich der Größe der Halle, sei grundsätzlich offen, so der Bürgermeister. Um jedoch eine Kostenermittlung, in die die Auslastung der Halle einfließen müsse, durchzuführen, sei es erforderlich, Angaben zu den vorgesehenen Plätzen zu machen. Daher sei geplant, von ca. 4.000 Plätzen auszugehen und die noch nicht errichtete Halle fiktiv für Veranstaltungen ab Januar 2020 zu vermarkten. Anhand der Resonanz könnten die Auslastung und damit die Kosten ermittelt werden.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion macht deutlich, dass die geäußerten Bedenken ernst genommen und daher zu klären seien. Nachvollziehbar sei, dass dieses Konzept nicht ohne Berücksichtigung der architektonischen Aspekte aussagekräftig erstellt werden könne. Seitens ihrer Fraktion werde das Vorhaben sehr begrüßt.

Der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zieht seinen Antrag auf Reduzierung des Betrages auf höchstens 50.000 € für die Wirtschaftlichkeits- und Nutzungsstudie zurück. Er werde sich bei der Abstimmung enthalten, um bis zur Ratssitzung innerhalb der Fraktion das weitere Vorgehen abzustimmen.

Der Sprecher der FDP beantragt, den Tagesordnungspunkt abzusetzen, da hierüber

im Rahmen eines Bürgerentscheids beschlossen werden solle. Bei einer derart weitreichenden Maßnahme sei die Bürgerschaft zu involvieren.

Ein Bürgerentscheid sei so zu formulieren, dass die Bürgerschaft mit Ja oder Nein antworten könne. Eine solche Fragestellung könne zum jetzigen Zeitpunkt nicht verfasst werden, merken die Sprecher der CDU-Fraktion und der SPD-Fraktion an.

Es solle im Rahmen des Bürgerentscheids abgefragt werden, ob eine Veranstaltungshalle grundsätzlich gewünscht sei, konkretisiert der Sprecher der FDP.

Diese Grundsatzfrage würde nicht ausreichend sein, so die Sprecherin der PETO-Fraktion, da noch keine Aussage über die Kosten und die Nutzung getroffen werden könne.

Der Bürgermeister stellt den Antrag der FDP, keine Sachentscheidung im Haupt- und Finanzausschuss zu treffen, zur Abstimmung:

mehrheitlich abgelehnt (dafür: 1 FDP)

Beschlussempfehlung

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die ersten Projektschritte zum Bau und Betrieb der Veranstaltungshalle in der alten Fassabfüllhalle – zunächst das Auswahlverfahren für den Architekten einhergehend mit dem Architekturkonzept sowie dem Nutzungskonzept – einzuleiten und die Ergebnisse den Ratsgremien zur weiteren Beratung vorzulegen.
2. Für die bevorstehenden Projektschritte werden Haushaltsmittel in Höhe von 250.000 Euro im 1. Nachtragshaushalt 2016 bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt (enthalten: 1 Bündnis 90/Die Grünen, 1 FDP)

15 **Neubau von 4 Kindertagesstätten -Standortentscheidung und Planungsauftrag- Vorlage: IX/0705**

Protokoll:

Der Bürgermeister erläutert, dass die Empfehlung des Jugendhilfeausschusses folgende Standorte für den Ortsteil Baumberg festgelegt habe:

Variante 2: Geschwister-Scholl-Straße Grünzug (4 Gruppen)

Variante 3: Kirberger Hof (4 Gruppen)

Der Bedarf sei unstrittig, so der Sprecher der CDU-Fraktion. Jedoch werde seitens seiner Fraktion vorgeschlagen, den Standort Kirberger Hof durch den Standort im Baumberger Osten zu ersetzen. Unter Berücksichtigung der anstehenden Wohnbebauung sei dieser Standort zu bevorzugen. Weiterhin seien sowohl die Verfügbarkeit des Objektes als auch die verkehrliche Situation bei dem Standort Kirberger Hof ungeklärt.

Der Sprecher der SPD-Fraktion macht deutlich, dass seine Fraktion ebenfalls die Standortwahl für falsch halte und daher dem Beschlussvorschlag nicht folgen werde.

Auch der Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich den Aussagen der Vorredner an. Seitens seiner Fraktion werde für den Standort Baumberg die

Bregenzer Straße dem Kirberger Hof vorgezogen. Weiterhin regt er an, im Hinblick auf eine flächensparende Bauweise, eine zweigeschossige Bebauung in die Planungen einzubeziehen.

Grundsätzlich sei eine zweigeschossige Bebauung möglich, erklärt der Bürgermeister. Da die ausgewählten Grundstücke aber ausreichend Fläche bieten würden, würde eine eingeschossige Bebauung bevorzugt. Weiterhin sei geplant, sofern nicht beschlossen werde, an der Bregenzer Straße einen Neubau zu errichten, dort als Zwischenlösung eine Container-Kindertagesstätte aufzubauen, da in Baumberg die Nachfrage bis zur Fertigstellung der geplanten Kitas nicht ausreichend gedeckt sei. Bei einer anderen Beschlussfassung sei vorgesehen, diese Container im Ortsteil Monheim zu errichten.

Die Sprecherin der PETO-Fraktion weist darauf hin, dass der Kirberger Hof die Möglichkeit biete, eine Kindertagesstätte mit Hofcharakter zu entwickeln. Dadurch entstehe die Möglichkeit, ein neues Konzept zu schaffen. Zwar sei grundsätzlich eine zweigeschossige Bauweise für Kindertagesstätten möglich, jedoch sei die eingeschossige Bauweise im Hinblick auf die Barrierefreiheit zu bevorzugen.

Der Bürgermeister stellt den Beschlussvorschlag, wie vom Jugendhilfeausschuss empfohlen, zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung

1. Im Stadtgebiet Monheim am Rhein sollen 4 Kindertagesstätten-Neubaugebäude mit insgesamt 17 Gruppen errichtet werden.
2. Als Standorte werden festgelegt:

 Im Baumberg:
 A) Geschwister-Scholl-Straße Grünzug (4 Gruppen)
 B) Kirberger Hof (4 Gruppen)

 Im Monheim:
 A) Variante 5: Standort am Allwetterbad (4 Gruppen + 5 Gruppen)
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Ankaufverhandlungen für Grundstücke in nicht städtischem Besitz aufzunehmen und das Ergebnis den Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung für die 4 Kindertagesstätten bis zur Entwurfsplanung zu erstellen und das Ergebnis den Ratsgremien zur weiteren Beratung und zum Baubeschluss vorzulegen.
5. Der Kostenrahmen wird festgelegt auf 13,0 Mio. € für die KG 200-700 nach DIN 276. Darüber hinausgehende Kosten für eventuelle Grundstücksankäufe und Erschließungen sind zu ermitteln und das Ergebnis ist den Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
6. Die erforderlichen Haushaltsmittel sind in den 1. Nachtragshaushalt 2016 aufzunehmen.

mehrheitlich zugestimmt (dagegen: 3 CDU, 1 SPD, 1 FDP, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Vorlage: IX/0703**Beschlussempfehlung**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme auf Basis der vorgelegten Sanierungsplanung zur Umgestaltung der Bolzplatzanlage und der Erweiterungsplanung des Spielplatzes am Heinrich-Zille-Platz zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

**17 Kinderspielplatzbereich in der Kleingartenanlage "Auf der Heide"; -
Baubeschluss -
Vorlage: IX/0710**

Beschlussempfehlung

Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen auf Basis des vorgelegten Gestaltungsentwurfs zur Umsetzung der Neuausstattung des KSP- Bereichs in der KGA „Auf der Heide“ zu realisieren.

einstimmig zugestimmt

**18 Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule; Baubeschluss
Vorlage: IX/0691**

Beschlussempfehlung

1. Die Außensportanlage an der Peter-Ustinov-Gesamtschule ist, wie in der Anlage dargestellt, auszuschreiben und zu realisieren.
2. Die Finanzierung erfolgt über die im Rat bewilligten Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 1.090.000 Euro, die im Teilfinanzplan B zum Haushalt 2016 unter Maßnahmen-Nummer I4004.013 (Produkt 08.01.00) veranschlagt sind.

einstimmig zugestimmt

**19 Bezirkssportanlage Waldbeerenberg mit Sporthalle; Baubeschluss
Vorlage: IX/0692**

Protokoll:

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass Ziffer 4 des Beschlussvorschlags entfallen könne. Es sei eine Einigung erzielt worden, so dass die provisorische Baustellenzufahrt nicht mehr notwendig sei. Die Ziffern 1-3 werden zur Abstimmung gestellt.

Beschlussempfehlung

1. Sporthalle und Sportplatz der Bezirkssportanlage Waldbeerenberg sind, wie in den Anlagen 1 und 2 dargestellt, auszuschreiben und zu realisieren.
2. Mit dem BTSC ist ein Vertrag über den Bau eines Vereinsverwaltungsbereichs innerhalb des Sporthallenkomplexes abzuschließen, sofern der BTSC die Finanzierung dieses zusätzlichen Raumangebotes in Form eines Baukostenzuschusses in Höhe von 48.000 Euro vertraglich sicherstellt.
3. Das Budget für den Bau der Sporthalle und der Bezirkssportanlage beträgt 4.390.000 Euro (2.300.000 Euro für die Sporthalle; 90.000 Euro für die Sporthalleneinrichtung; 2.000.000 Euro für die Sportanlage mit Außenanlage inkl.

Stellplatzanlage). Die Mittel werden unter Maßnahmen-Nr. I7102.054 (Produkt 01.14.00), I4004.011 (Produkt 08.01.00) und I6004.058 (Produkt 12.01.00) sowie im Teilergebnisplan Produktbereich 08 im Haushalt 2016 bereitgestellt.

einstimmig zugestimmt

20 1. Nachtragshaushaltssatzung 2016
Vorlage: IX/0708

Protokoll:

Da weitere Maßnahmen geplant seien, sei die Änderungsliste ergänzt worden, so der Bürgermeister. Diese wird an die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses ausgehändigt. Die entsprechenden Beschlussvorlagen für die neuen Maßnahmen würden für die Ratssitzung vorbereitet. Daher stelle er die Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung nun nicht zur Abstimmung, da die Informationen und Vorlagen zu den ergänzten Maßnahmen noch nicht vorliegen.

Der Sprecher der FDP bittet um Angabe der Gründe für die Ergänzung der Absätze 6 und 7 des § 7.

Hierzu führt die Verwaltung aus, dass Absatz 6 aus praktikablen Gründen ergänzt worden sei. Die Haushaltssatzung sehe vor, dass Mehraufwendungen innerhalb eines Produktes gedeckt werden könnten. Da jede Schule ein Produkt darstelle, sei andernfalls keine schulübergreifende Deckung möglich. Daher sei diese Regelung für den Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben produktübergreifend eingerichtet worden.

In Bezug auf Absatz 7 sei gesetzlich geregelt, dass für Investitionen, die noch nicht veranschlagt sind, ein Nachtragshaushalt abzubilden sei, sofern diese wesentlich seien. Diese Wesentlichkeitsgrenze sei hier nun definiert worden. Dies beinhalte selbstverständlich keine Ermächtigung des Rates, dass die Verwaltung über solche investiven Maßnahmen bis zur Wesentlichkeitsgrenze selbst entscheiden könne. Es entbinde lediglich von der Verpflichtung, einen Nachtragshaushalt zu erlassen.

21 Antrag der SPD-Fraktion - Errichtung einer Bedarfsampel
Vorlage: IX/0741

Protokoll:

Der Sprecher der SPD-Fraktion nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und begrüßt das geplante Vorgehen.

22 Mündliche Mitteilungen

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

23 Mündliche Anfragen

23.1 Denkmal an der Freilichtbühne

Protokoll:

Ratsherr Goller weist auf das Denkmal an der Freilichtbühne hin. Dieses befinde sich in einem sehr schlechten Zustand und bedürfe dringend der Überarbeitung.

Der Bürgermeister sichert zu, sich der Angelegenheit anzunehmen.

Daniel Zimmermann
Bürgermeister

Anke Bitsch
Schriftführerin